



## Zivilgesellschaftliche Erklärung zur 40. Sitzung des Welterbekomitees

# Zur Altstadt von Diyarbakır (Sur)

Die ummauerte Stadt Sur, das historische Zentrum von Diyarbakır, wird seit mindestens 7000 Jahren von Menschen besiedelt und hat in modernen Zeiten eine multikulturelle Existenz ermöglicht. Im Juli 2015 wurden die Festung von Diyarbakır und die angrenzenden Hevsel-Gärten als Welterbestätte anerkannt. Diese umfasst annähernd 600 registrierte Denkmäler, unter anderem Kirchen, Moscheen und Herrenhäuser.

Als der Friedensprozess in der Südost-Türkei im Frühjahr 2015 scheiterte und urbane Zentren im Südosten zu Kampfzonen wurden, mussten mindestens 20.000 Einwohner von Sur ihre Häuser verlassen. Neben schweren menschlichen Verlusten und einer enormen Fluchtbewegung der Einwohner wurden Häuser in den sechs historischen Vierteln von Sur zum großen Teil durch Artilleriebeschuss beschädigt, was auch zu Schäden an Kulturerbestätten führte. Nach den Militäroperationen rissen Behörden der Zentralregierung Gebäude – auch solche von historischer Bedeutung – ab, die nur zum Teil beschädigt waren, ohne angemessene Dokumentation oder Schadensbewertung.

Die Repräsentanten der zivilgesellschaftlichen Organisationen und indigenen Völker, die an der internationalen Konferenz zum Thema „Zivilgesellschaft, das UNESCO-Welterbe und Nachhaltige Entwicklung“ teilgenommen haben, die von World Heritage Watch in Zusammenarbeit mit lokalen Partnern vom 8. bis 9. Juli 2016 organisiert wurde, sehen mit großer Besorgnis den Regierungserlass Nr. 2016/8659, der die Enteignung aller Immobilien in den vom Konflikt betroffenen Gegenden von Sur autorisiert. Wir stellen außerdem fest, dass der Bericht zum Erhaltungszustand, der dem Welterbekomitee am 11. Mai vorgelegt wurde, ohne die Beteiligung der Stadtverwaltungen oder des Welterbemanagements verfasst und weder durch den Staat noch durch das Welterbezentrum veröffentlicht wurde. Wir sind besorgt, dass das urbane Wiederaufbauprojekt der Nationalregierung ohne die Beachtung des Kulturerbes und ohne die Beteiligung der lokalen Verwaltung, insbesondere des Welterbemanagements, durchgeführt wird.

Das Gedenken und die Appelle von Tahir Elçi ehrend, der in Sur ermordet wurde, lehnen wir kategorisch und unter allen Umständen den Gebrauch von Waffen an oder angrenzend an Welterbestätten ab, ebenso wie die Einbeziehung von Welterbstätten in militärische Überlegungen jeglicher Art. Welterbestätten müssen für Kämpfer, militärische Einrichtungen und militärische Ausrüstung komplett gesperrt sein.

Wir drängen das Welterbekomitee, den UN-Sicherheitsrat aufzurufen, alle notwendigen Schritte einzuleiten, um sicherzustellen, dass die Welterbestätte „Festung von Diyarbakır und Hevsel-Gärten“ in Zukunft sicher vor Zerstörungen durch bewaffnete Konflikte sein wird.

Wir drängen das Welterbekomitee weiterhin,

- unverzüglich den Bericht zum Erhaltungszustand, der ihm am 11. Mai 2016 vom Mitgliedstaat Türkei vorgelegt wurde zu veröffentlichen, und eine Strategie der vollständigen Transparenz zu verfolgen;
- in Betracht zu ziehen, dass laut einer Stellungnahme des Innenministers alle bewaffneten Handlungen in Diyarbakır am 9. März 2016 eingestellt wurden, dass seitdem kein Zwischenfall militärischer Gewalt in Sur mehr aufgetreten ist und dass daher keine Rechtfertigung besteht, Maßnahmen des Kulturerbeschutzes aus Sicherheitsgründen zu verhindern;
- den Mitgliedstaat Türkei zu ersuchen, eine Reaktive Monitoring-Mission der UNESCO so bald wie möglich nach Sur einzuladen, auf keinen Fall später als September 2016;
- den Mitgliedstaat Türkei zu ersuchen, im Sur-Bezirk von Diyarbakır keine Fakten zu schaffen, bevor eine ausstehende Entscheidung des Welterbekomitees getroffen worden ist, und ohne alle Akteure vollumfänglich zu beteiligen;

- alle Wiederaufbau- und Wiederbelebungspläne ausschließlich auf der Basis der Historischen Stadtlandschaft von Diyarbakir, seinem Stadterhaltungsplan von 2012 und allgemein anerkannten Standards des Denkmalschutzes und der Restaurierung zu entwickeln;
- die Grundrechte der Einwohner von Sur auf ihr Eigentum und Land zu respektieren und vor allem die Androhung von Zwangsenteignungen aufzuheben;
- eine bessere Kommunikation und Zusammenarbeit lokaler Akteure und der Nationalregierung sicherzustellen und zu überwachen;
- die umfassende Beteiligung der Zivilgesellschaft an allen Bereichen des Prozesses sicherzustellen.

Wir fordern die Regierung der Türkei auf, ihren Verpflichtungen unter ihrer Verfassung und internationalem Recht und Übereinkommen uneingeschränkt nachzukommen und der kompletten Rehabilitierung des historischen Bezirks von Sur, basierend auf seinem Herausragenden Universellen Wert, höchste Priorität einzuräumen.

Wir glauben, dass der Prozess der Erholung und des Wiederaufbaus in Sur eine Chance für die Stärkung des Friedens, der Versöhnung und der lokalen Demokratie bieten, die nicht verspielt werden darf.

Daher empfehlen wir die Einführung von Entscheidungsmechanismen, die - in Übereinstimmung mit den Normen von Recht und Gerechtigkeit - die Teilhabe aller Interessensgruppen ermöglichen sollten, insbesondere des Vorstands des Stättenmanagements, um in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Regierungsbehörden und mit der freien, vorherigen und informierten Zustimmung seiner Bewohner und Eigentümer die Ziele des Wiederaufbaus festzulegen und einen Aktionsplan für die urbane, soziale, ökonomische und kulturelle Wiederbelebung von Sur auszuarbeiten.

Istanbul, 9. Juli 2016